

Heute die Griechen, morgen wir?

„Für die Bundesregierung ist klar: Damit sich Banken an der Spekulation auf einen Staatsbankrott Griechenlands eine goldene Nase verdienen können, müssen die Löhne und Renten der griechischen Bevölkerung brutal gekürzt und die Verbrauchssteuern erhöht werden. Mit dieser Erpressungspolitik macht Kanzlerin Merkel erneut deutlich, wer ihrer Meinung nach für die Krise bezahlen soll“, erklärt Sahra Wagenknecht anlässlich des Staatsbesuchs von Griechenlands Ministerpräsident Giorgos Papandreou.

Wagenknecht weiter: „Diese Politik dürfen wir aus eigenem Interesse nicht akzeptieren. Denn das ebenso verbreitete wie fadenscheinige Argument, nach der die griechische Bevölkerung „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätte, wird sich schon morgen gegen Arbeitslose, Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner in Deutschland richten. Die von den Westerwelle, Sarrazin & Co. betriebene Hetze gegen Arme bietet bereits einen Vorgeschmack darauf.

Gleiches gilt für die dreiste Forderung aus den Reihen der CDU, Griechenland solle seine Unternehmen, Gebäude oder sogar Inseln verhöckern, damit die überzogenen Ansprüche der Gläubiger bedient werden können. Diesem Privatisierungswahn muss Einhalt geboten werden, indem wir auch in Deutschland gegen die zynische Bereicherungspolitik zugunsten einer reichen Finanzelite protestieren. Die nächste Gelegenheit dazu ist am 20. März, wenn in Essen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise! Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!“ demonstriert wird.

Quelle: <http://www.die-linke-duesseldorf.de/nc/presse/detail/artikel/heute-die-griechen-morgen-wir/>